



An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Sigmar Gabriel MdB

Bundesminister

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-76 00 od. (0)30 2014-76 00
FAX +49 (0)3018 615-70 30 od. (0)30 2014-70 30
E-MAIL info@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 3. Juni 2016

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Energiewende ist nicht mehr zu stoppen. Und das ist gut so! Lag der Anteil der erneuerbaren Energien im Jahr 2010 noch bei 17 Prozent, so liegt er heute bei über 33 Prozent, im Jahr 2025 werden wir 45 Prozent erreichen. Und für den Erfolg unserer Arbeit in der Großen Koalition besonders wichtig: Trotz aller Unkenrufe bei der Reform des Erneuerbaren- Energien-Gesetzes (EEG) 2014 haben wir Recht behalten: noch nie gab es einen so starken Anstieg der Erneuerbaren wie in den letzten zwei Jahren. 7,4 Prozent Wachstum in 2 Jahren hat es in keiner Zeit zuvor gegeben.

Die Energiewende verlässlich machen.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir auch das Umfeld der Erneuerbaren fit machen für die Energiewende: den Strommarkt, die Infrastruktur und auch die **Kostenentwicklung** müssen gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Blick haben. Denn Energiekosten sind gerade für Familien mit Kindern in den nicht so wohlhabenden Haushalten nichts, was man aus dem Auge verlieren darf.

Das wichtigste Ziel in dieser Legislaturperiode ist es deshalb, endlich die losen Fäden der Energiewende miteinander zu verbinden. Das war bislang nicht der Fall – mit erheblichen negativen Folgen. Dass wir heute mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr dafür bezahlen, dass wir zwar genug Strom produzieren, diesen Strom aber nicht zum Kunden bekommen, ist nur ein Beispiel dafür. **Jetzt verzahlen wir endlich den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Ausbau der Stromnetze – und verhindern dadurch den weiteren Anstieg dieser sinnlosen „Redispatch-Kosten“ auf über vier Milliarden Euro.**

Wir haben wirklich viel erreicht für die Energiewende:

- Wir haben 2014 das Erneuerbare-Energien-Gesetz so reformiert, dass die starke Kostendynamik endlich durchbrochen wurde.
- Wir haben dafür gesorgt, dass wirklich nur die Unternehmen von den Kosten der EEG-Umlage befreit werden, die sehr energieintensiv sind und im internationalen Wettbewerb stehen. Vor allem haben wir das endlich europarechtlich abgesichert, denn darum hatten sich die Vorgängerregierungen nie gekümmert. Das war wichtig, um die industriellen Arbeitsplätze gerade in der Stahlindustrie, der chemischen Industrie und in anderen vergleichbaren Branchen zu erhalten.
- Wir haben die Kraft-Wärme-Koppelung und die Stadtwerke durch eine bessere Förderung abgesichert.
- Wir haben einen neuen Strommarkt geschaffen, der fit ist für die erneuerbaren Energien. Der alte Strommarkt orientierte sich vor allem an Atom- und Kohlestrom.
- Wir haben die Integration in den europäischen Binnenmarkt vorangetrieben. Nur das sichert die Energiewende in Deutschland langfristig.
- Wir haben Infrastruktur und Digitalisierung vorangetrieben: Wir werden den **Netzausbau bürgerfreundlicher gestalten und insbesondere mehr Erdkabel legen**. Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende steht kurz vor der Verabschiedung im Parlament.

Zwei große Entscheidungen.

Und in dieser Woche haben wir die letzten großen Reformschritte getan, um die Aufgaben für diese Legislaturperiode abzuarbeiten. Mit der Entscheidung über das EEG 2016 haben wir alle Voraussetzungen geschaffen, damit die Energiewende verlässlich voran geht. Vor allem zwei große Entscheidungen waren dafür wichtig:

- Die Erneuerbaren Energien fit zu machen für den Strommarkt (nachdem wir den Strommarkt fit gemacht haben für die Erneuerbaren).
- Den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verbinden mit dem Ausbau der Stromnetze.

(1) **Die Erneuerbaren werden kostengünstiger.** In der Vergangenheit legte immer der Deutsche Bundestag – also die Politik – die Strompreise für die Erneuerbaren fest. Das war lange Zeit nötig, um den Siegeszug der Erneuerbaren überhaupt möglich zu machen. Nun aber

sind sie der stärkste Pfeiler am Strommarkt. Die Erneuerbaren brauchen keinen „Welpenschutz“ mehr, sondern sie sind endlich zu „schnellen Jagdhunden“ herangewachsen. Genau das wollten wir.

Diese „schnellen Jagdhunde“ müssen nun aber auch in den Wettbewerb. Denn es kann nicht sein, dass z.B. Grundstückseigentümer völlig überhöhte Preise für Standorte für Windräder oder Photovoltaikanlagen fordern. Aus diesem Grund wechseln wir nun zu Ausschreibungen. Die effizientesten und kostengünstigsten Anbieter erhalten den Zuschlag. Die Pilotverfahren zeigen: die Preise fallen deutlich, ohne dass dadurch die Wirtschaftlichkeit der erneuerbaren Energien gefährdet wird.

Wichtig: Wir haben eine Regelung gefunden, die bei den Ausschreibungen die Bürger-Energie-Genossenschaften besser stellt als große Unternehmen. Sie müssen für ihre Teilnahme an den Ausschreibungen keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung vorlegen und sparen sich deshalb die hohen Vorlaufkosten.

Natürlich gibt es auch manchen Aufschrei darüber auch in der Branche der Erneuerbaren. Denn es stimmt: wenn die Politik die Strompreise festsetzt, lebt es sich einfacher. Aber darum kann es nicht gehen. Sondern es muss uns Sozialdemokraten um einen möglichst kostengünstigen Ausbau der Erneuerbaren gehen.

(2) Die zweite große Veränderung ist die Anpassung des Ausbaus der erneuerbaren Energien an den Stromleitungsausbau. Der war in den vergangenen Jahren sehr schleppend voran gegangen. Aber durch die Entscheidung zur Erdverkabelung wird es in Zukunft schneller voran gehen.

Diese Verzahnung von Netzausbau mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien erforderte zwei Entscheidungen:

- Wie hoch soll der Ausbau von Biomasse, Photovoltaik, Windenergie an Land und auf See bis 2015 vorangehen, damit der Stromnetzausbau damit Schritt halten kann?
- Wie gehen wir damit um, dass einerseits in Norddeutschland für Windenergie an Land die besten Bedingungen herrschen, andererseits dort die Stromnetze nicht ausreichend ausgebaut sind?

Es war nicht einfach, dafür Lösungen zu finden. Und es ist vor allem den norddeutschen Bundesländern mit Landesregierungen von SPD und Grünen zu verdanken, dass gute und tragfähige Kompromisse gefunden werden konnten:

- Der Ausbau der Biomasse erfolgt in den Jahren 2017 bis 2019 mit 150 MW pro Jahr und danach bis 2022 mit 200 MW pro Jahr. Dabei dürfen sich Bestandsanlagen nach Auslaufen ihrer bisherigen Förderung an den Ausschreibungen beteiligen. Die Begrenzung auf einen relativ geringen Ausbaupfad ist die Konsequenz daraus, dass diese erneuerbare Energieform trotz einer über 20 jährigen Entwicklung die teuerste Form der Erneuerbaren geblieben ist. Sie ist allerdings durchaus systemdienlich und flexibel einsetzbar.
- Der Ausbau der Photovoltaik erfolgt bei der Ausschreibung mit 600 MW pro Jahr. Vorher waren es 400 MW. Neben Freiflächen werden nun auch andere große PV-Anlagen ab 750 kW einbezogen: Alle großen PV-Anlagen stellen sich dem Wettbewerb. Zusammen mit den kleineren Dachflächenanlagen wollen wir wieder auf 2,5 GW pro Jahr kommen. Und ganz wichtig: für diese Anlagen gilt zukünftig der 52 GW-Deckel nicht mehr. Das heißt, die Förderung geht weiter, auch nachdem wir in Deutschland 52.000 MW PV installiert haben.
- Der Ausbau von Windenergie an Land erfolgt mit 2,8 GW pro Jahr (brutto) in den Jahren 2017, 2018 und 2019 und steigt dann bis 2025 auf 2,9 GW pro Jahr an. Gleichzeitig begrenzen wir den Ausbau von Windenergie an Land in den Gebieten mit Netzausbaubedarf auf 58 Prozent des Durchschnitts der letzten drei Jahre. Das sichert einerseits einen weiteren Ausbau dieser preisgünstigsten Form der erneuerbaren Energien vor allem in Norddeutschland (und Hessen). Andererseits überfordern wir die Stromnetze nicht. Diese Regelung wird alle zwei Jahre überprüft.

Und weil die Kapitalkosten in den letzten Jahren erheblich gesunken sind und der bisherige Ausbaukorridor bei Wind an Land massiv überschritten wurde, steuern wir nach. Denn eine Überförderung ist nicht vertretbar. Es gibt deshalb eine Einmal-Degression von 5% am 1. Juni 2017 und eine schärfere Degression bei der Förderung für den Fall, dass der Zubau dennoch durch die Decke schießt.

- Windenergie auf See wird so ausgebaut, dass die Industrialisierung gelingt. Das heißt, dass pro Jahr ausreichend Windparks auf See gebaut werden, um diese Industrialisierung zu ermöglichen und die Preise dadurch zu senken. Konkret heißt das: Bei Wind auf See sieht das EEG 2014 ein Ausbauziel von 6,5 GW für das Jahr 2020 und von 15 GW für das Jahr 2030 vor. Das Ziel für 2020 wird voraussichtlich um bis zu 1,2 GW überschritten. Um auf einen kontinuierlichen Ausbaupfad zu kommen, werden wir mit jährlichen 730 MW die Ausschreibungsmengen gleichmäßig auf die Jahre 2021 bis 2030 verteilen.

Das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen.

Viele sind nun mit ihren Einzelinteressen unterwegs und üben auch manche heftige Kritik. Dagegen sagen wir: Die Summe der Einzelinteressen ist noch nicht das Gemeinwohl. Genau das muss aber im Mittelpunkt stehen. Nicht die Schnelligkeit des Ausbaus macht den Erfolg der Energiewende aus, sondern die Planbarkeit und Berechenbarkeit.

Manche Kritiker behaupten auch, dass die Netzengpässe nicht durch den steigenden Anteil von Windenergie an Land und auf See verursacht würden, sondern durch Atom- und Kohlestrom. Aber erstens haben wir natürlich das Abschalten der Atomkraftwerke in die Aufnahmefähigkeit der Stromnetze mit einberechnet. Und leider fehlt es auch nach diesem Abschalten an Netzkapazitäten. Und zweitens wollen wir ja die Erneuerbaren schnell weiter ausbauen. Und niemand – auch die Umweltverbände nicht – fordern das Abschalten aller Kohlekraftwerke in den kommenden acht Jahren. Wir müssen also mit dem Netzausbau schneller voran kommen und den Ausbau der Erneuerbaren damit synchronisieren.

Es geht hier nicht um Bremsen oder Abwürgen, wie einige Interessensgruppen es gerne plakativ brandmarken wollen. Es geht um Planbarkeit, Steuerung und um Gesamtverantwortung. Wir machen die Erneuerbaren fit für den Markt und fit für die Zukunft.

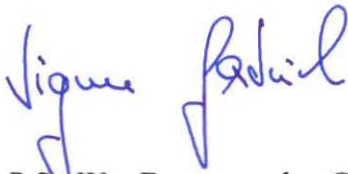
Verständigung von Bund und Ländern

Die Verständigung war nicht einfach und ist daher umso beachtlicher. Wichtig ist, dass wir am Ende zu einer Einigung gekommen sind, die von Bund und Ländern getragen wird – und zwar unabhängig von den jeweiligen politischen Koalitionen. Das ist ein Wert an sich. Denn es ist auch ein Teil von Planbarkeit, dass wir eine gemeinsame Linie bei der Förderung der erneuerbaren Energien mit Bund und Ländern verfolgen.

Wir wollen die Energiewende. Sie ist eines unserer zentralen Zukunftsprojekte und gleichzeitig eines der größten **Modernisierungsprojekte** unseres Landes. Kluge Energiepolitik ist immer auch kluge Wirtschaftspolitik. Eine erfolgreiche Energiewende modernisiert Deutschland, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Unternehmen und sichert nachhaltige Arbeitsplätze.

Der Siegeszug der Erneuerbaren und der Energiewende ist da. Jetzt machen wir ihn auch systematisch und nachhaltig erfolgreich.

Mit herzlichem Gruß, Euer



P.S.: Wer Fragen zu den Gesetzesvorhaben der Energiewende hat, kann sich wenden an ministerbuero@bmwi.bund.de oder telefonisch 030/18615-7611.